

Ergebnis eines Austausch

## Bundesverkehrsministerium muss über Tunnellänge der A98 bei Rheinfelden entscheiden



Von Dora Schöls

Mi, 03. März 2021 um 17:04 Uhr

Rheinfelden

**BZ-Plus** | Beim Weiterbau der A98 sind sich die Behörden uneinig. Es geht um die Frage, wie lange der Tunnel zwischen zwei Rheinfelder Ortsteilen sein soll. Nun gab es einen weiteren Austausch.



Der Streit um die Tunnellänge dauert schon Jahre. Dieses Schild wurde bereits 2015 aufgestellt. Foto: Petra Wunderle

In der Debatte um die Tunnellänge im Abschnitt fünf der A 98 muss das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BVMi) eine Entscheidung treffen. Das war das Fazit des erneuten Austauschs zwischen dem Landesverkehrsministerium, Regierungspräsidium Freiburg und der Stadt Rheinfelden. Ministerialdirektor Uwe Lahl vom Stuttgarter Ministerium ist optimistisch, dass man in Berlin nicht bei der bisherigen Position eines kürzeren Tunnels bleiben werde.

Es soll vorangehen mit der A 98. Deshalb haben sich Vertreter der Stadt Rheinfelden, des Landesverkehrsministeriums und des Regierungspräsidiums am Mittwoch erneut über das weitere Vorgehen ausgetauscht. Anschließend waren Vertreter der lokalen Bürgerinitiative für den Tunnel, des Rheinfelder Gemeinderats und der Presse zugeschaltet. Den Behörden aus Rheinfelden, Freiburg und Stuttgart war es wichtig, Einigkeit zu präsentieren – und deutlich zu machen,

dass die Entscheidung über den Karsauer Tunnel beim Bundesverkehrsministerium liege.

### Abschnitt Fünf

Der Weiterbau der Autobahn 98 stockt im Abschnitt fünf, der auf einer Länge von 6,5 Kilometern zwischen Karsau und Schwörstadt verlaufen soll, weil sich die Behörden nicht einigen können, wie lang der Tunnel zwischen den Rheinfelder Ortsteilen Karsau und Minseln werden soll. Nachdem zunächst eine Grünbrücke von 79 Metern geplant war, war die Planfeststellungsbehörde, die beim Regierungspräsidium Freiburg angesiedelt ist, zu dem Schluss gekommen, dass diese Lösung aus verschiedenen Gründen nicht genehmigungsfähig wäre. Stattdessen einigten sich Regierungspräsidium, Landesverkehrsministerium und die Stadt Rheinfelden auf eine Überdeckung von 390 Metern. Dem stimmen das Bundesverkehrsministerium und damit auch die seit Januar zuständige Autobahn GmbH bisher nicht zu.

Es habe bisher einen "guten Gleichklang" gegeben zwischen den Behörden und Verbänden, betonte Oberbürgermeister Klaus Eberhardt. Die Überdeckung soll 390 Meter lang werden, aus Gründen des Naturschutzes, des Lärmschutzes und weil der Bereich ein wichtiger Wildtierkorridor ist. **Dazu hat sich auch jüngst der Rheinfelder Gemeinderat einstimmig mit einer Resolution bekannt.** Dieser "Schulterschluss" sei nötig, sagte auch Uwe Lahl vom Verkehrsministerium in Stuttgart. Diese Einigkeit gebe es, sowohl in der Region als auch zwischen der Region und Stuttgart. Die kürzere Tunnelvariante mit 79 Metern sei rechtlich nicht machbar.

Das sieht das Bundesverkehrsministerium (BMVI) bislang nicht so und fordert die Landesebene auf, weitere Argumente für die längere Überdeckung zu liefern. "Wir können keine weiteren Argumente erfinden, es liegt alles auf dem Tisch", sagte Lahl. "Im Interesse der Region und des Landes muss es die 390 Meter geben." Es brauche nun eine politische Entscheidung, deshalb werde er sich zeitnah mit Michael Güntner, Staatssekretär im BMVI, treffen.

### Planfeststellungsbehörde hat alle Varianten geprüft

Lahl zeigte sich "latent optimistisch, dass wir das hinbekommen". Zum einen sei der Wahlkampf nach der Landtagswahl Mitte März vorbei und dann würden sich alle Abgeordneten aus der Region hinter das Projekt stellen. "Zum anderen ist es so, dass das Projekt scheitert, wenn sich der Bund nicht bewegt." Es sei eine Frage der "Entscheidungsstärke der Hausleitung des BMVI".

Dem stimmte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer zu: Die Planfeststellungsbehörde – eine von ihr unabhängige Behörde, wie sie betonte – habe alle Varianten geprüft und sei zu dem Schluss gekommen, die 390 Meter seien aus den bekannten Gründen die beste Lösung. Ab einer Länge von 400 Metern brauche es die komplette Tunneltechnik inklusive Notausgängen und dann würde es deutlich teurer.

"Wir wollen keine Klage, aber wenn es bei der kurzen Variante bleibt, werden wir klagen."

*Heiner Lohmann*

Fachlich sei das BMVI darauf bislang nicht eingegangen, nun brauche es die Gespräche auf politischer Ebene. Die Planfeststellungsbehörde werde nun mit der Autobahn GmbH und erneut mit der Naturschutzbehörde sprechen. Je nach dem, welche Variante die GmbH als Bauherr der Behörde dann vorlegt, müsse diese entscheiden, ob sie dafür das Baurecht erteile.

### A98: Autobahn GmbH erteilt dem langen Tunnel bei Karsau-Minseln eine Absage

Schäfer rechnet darüber hinaus nicht damit, dass die Debatte vor dem Verwaltungsgericht landet: "Das würde Monate dauern. Wenn der Bund stur bleibt, muss man sich zusammenraufen und einen Konsens finden." **Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hatte eine mögliche Klage angekündigt.** Das bekräftigte BUND-Vorstandsmitglied Heiner Lohmann, der für die Grünen im Rheinfelder Gemeinderat sitzt: "Wir wollen keine Klage, aber wenn es bei der kurzen

Variante bleibt, werden wir klagen."

Ressort: [Rheinfelden](#)

Zum Artikel aus der gedruckten BZ vom Do, 04. März 2021:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

» Webversion dieses Zeitungsartikels: [Entscheiden muss Berlin](#)

---

## Kommentare

Bitte legen Sie zunächst ein Kommentarprofil an, um Artikel auf BZ-Online kommentieren zu können.

[Jetzt Profil anlegen](#)

---